

Newsletter

Teilhabepolitik

Daten
Fakten
Praxis




September 2009

EDITORIAL

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was bringt die Bundestagswahl gut acht Millionen Menschen mit Behinderungen, die mitwählen können? Dürfen sie mehr Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und echte Mitbestimmung erwarten? Antwort kann ein Blick in die Wahlprogramme geben – und ein realistischer Abgleich mit gemachten Erfahrungen. Das Top-Thema befasst sich damit. Was bedeutet gute Arbeit für ein gutes Leben? Mehr als ein Drittel des Tages verbringen die meisten von uns am Arbeitsplatz, der maßgeblich ist für das Wohlbefinden und den Lebensstandard. Wenige Stunden bleiben

für Privates und den Schlaf. Nahezu 480000 Menschen haben bei der IG Metall-Umfrage »Gutes Leben« mitgemacht und ihre Vorstellungen mitgeteilt: Fast 90 Prozent fordern sichere Arbeitsplätze – ohne Entlassungen durch die Krise! 84 Prozent wollen Arbeit, die nicht krank macht! 81 Prozent sind gegen die Rente mit 67! Die IG Metall hört auf die Menschen und hat Forderungen entwickelt – schaut sie euch an: www.gutes-leben.de!



Euer Werner Feldes

Qual der Wahl: Mehr Teilhabe, Mitbestimmung, Elan!

Seit 2005 verwaltet die Große Koalition den behindertenpolitischen Status quo von Rot-Grün, Pläne wie die Reform der Eingliederungshilfe liegen auf Eis. »Viel Stillstand, wenig Entwicklung. Politik für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sieht anders aus«, bilanziert Werner Feldes vom IG Metall-Ressort Teilhabepolitik/Schwerbehindertenvertretungen. Der Schub des Sozialgesetzbuchs IX bleibe auf halber Strecke stecken, konsequente Beteiligung, echte Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen komme zu selten vor – trotz der ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention.

Parteien auf dem Prüfstand

Viele Menschen werden aufgrund von Krankheit oder Behinderung arbeitslos und bleiben es. Ausgrenzung aus dem Er-

werbsleben schafft Armut durch Hartz IV oder niedrige Renten. »Gute und gesunde Arbeit ist oft punktuell erkämpft, wo starke Interessenvertretungen sich durchsetzen«, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban und bemängelt: Prävention, solider Arbeits- und Gesundheitsschutz, abgestimmte Reha-Maßnahmen seien zu schwach in der Fläche verankert. Nach der Wahl gibt es also viel zu tun. Das IG Metall-Ressort Teilhabepolitik hat sich Wahlprogramme vorgenommen und sie bewertet:

CDU/CSU verzichten auf einen Gesamtentwurf, Passagen zur Politik für Menschen mit Behinderungen finden sich in mehreren Kapi-

Inhalt

Editorial / TopThema	1
Gute Praxis	3
Service und Termine	4

Fortsetzung von Seite 1

teIn. Individuelle Eingliederungszuschüsse zur Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt sind geplant, die UN-Konvention soll Maßstab der Politik sein. »Sozial ist, was Arbeit schafft« lautet eine Überschrift, obwohl dies von der Realität längst widerlegt ist; die Qualität der Arbeit kommt zu kurz. **Fazit:** Allgemeine Ziele, zu wenig Konkretes, alte Rezepte wie Deregulierung und marktgerechte Arbeitsplätze. Es fehlen die Lehren aus der Krise!

Die **SPD** widmet Menschen mit Behinderungen ein Kapitel und erhebt die UN-Konvention zur Richtschnur: Inklusion in Gesellschaft, Bildung, Arbeitswelt, Selbstbestimmung, zielgenaue Hilfen, weiter geförderte Altersteilzeit, bessere Arbeitsmarktchancen (z. B. mehr Arbeitsvermittler), Verbreitung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements. Das Motto »Nicht über uns ohne uns« soll überall gelten, Verbände gestärkt werden. **Fazit:** Die SPD bietet ein schlüssiges Zukunftskonzept, doch manches sucht man vergeblich: Schluss mit der Rente mit 67, Eindämmung von Niedriglöhnen – das Schröder-Virus wirkt noch.

Bündnis90/DIE GRÜNEN bieten ein Kapitel mit zentralen Zielen und gestreute Aussagen: Eine inklusive Gesellschaft wird für einige Lebensbereiche durchbuchstabiert. Grüne sehen Chancen und Teilhabe in Abhängigkeit von Verteilungsgerechtigkeit. Der Ausbau individueller Hilfen (Assistenten, mehr Beratung zum Persönlichen Budget) wird ebenso betont wie universelles Design, Barrierefreiheit, ein solidarisches Gesundheitswesen. **Fazit:** Modern, fleißig, engagiert! Grüne Behindertenpolitik passt in jede fortschrittliche Koalition.

DIE LINKE streut Behindertenpolitik in einige Kapiteln ein, orientiert sich an Selbstbestimmung, Menschenwürde (Mensch sein, nicht nur Konsument!), Chancengleichheit und der UN-Konvention. Sie prangert Dumpinglöhne auch in Werkstätten für behinderte Menschen an, fordert mehr gute Arbeit. Wie die Grünen will die Linke verbindliche Sozialkriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe schaffen. **Fazit:** Das Programm ist teilhabeorientiert und mehrfach kompatibel – mit Rot-Grün.

Die **FDP** bietet ein Kapitel zur Teilhabe, setzt auf Inklusion, Barrierefreiheit und Beschäftigungsförderung. Sie begrüßt das Persönliche Budget (Menschen mit Behinderungen als Kunden!), problematisiert jedoch nicht die Leistungsqualität im Wettbewerb. Als einzige Partei will die FDP Mitbestimmung und Kündigungsschutz beschneiden. **Fazit:** Moderne Leitbilder als Symbolik, doch liberale Arbeitsmarktpolitik schränkt Teilhabe und Mitbestimmung ein.

Was jetzt? Auf jeden Fall wählen gehen! SPD, Grüne und Linke bieten am ehesten die Chance zur Anknüpfung an eine fortschrittliche Reformpolitik; sie haben die größte programmatische Schnittmenge. CDU/CSU und FDP knüpfen zwar an die Werte der UN-Konvention an. Doch die FDP will soziale Schutzrechte und die Mitbestimmung schwächen. Das CDU/CSU-Programm ist ein ungedeckter Scheck: Die Zukunft des solidarischen Sozialstaats liegt im Nebel, angesichts der dramatischen Schuldenkrise fehlen konkrete Aussagen.

Was Vertrauenspersonen nach der Wahl erwarten

»Unsere Arbeit ist intensiver geworden, ältere Belegschaften und das Betriebliche Eingliederungsmanagement fordern zusätzlichen Einsatz! Deshalb muss eine Sozialgesetzbuch IX-Reform die Position der Schwerbehindertenvertretung stärken: mit großzügigerer, gesetzlich verbrieftester Freistellung – zum Beispiel ab 100 behinderten Beschäftigten – und dem erleichterten Heranziehen der Stellvertreter.«

Lieselotte Müller, Schmiedewerke/Elektrostahlwerk Gröditz

»Weg mit der Rente mit 67, die geförderte Altersteilzeit fortsetzen – auch als Beschäftigungsbrücke für die Jungen. Die Wirtschaftskrise hat diese Forderungen untermauert. Und die Politik muss Inklusion fördern: gemeinsam spielen, lernen, leben und arbeiten, ob behindert oder nicht behindert, das muss zur Regel werden. Dann finden junge Leute mit Handicap in Zukunft auch leichter einen Ausbildungsplatz!«

Klaus Wenzel, Volkswagen Wolfsburg

BEM mit mehr Power bei Alstom

Eine Konzernbetriebsvereinbarung (KBV) regelt seit Ende 2008 das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM).

Schleppende Vorgespräche, dann ein rascher Durchbruch: Konzernbetriebsrat (KBR) und Konzernschwerbehindertenvertretung (KSBV) der Alstom Deutschland AG handelten in Mannheim eine KBV aus, die sich sehen lassen kann. »Unsere Verhandlungspartner waren für alle deutschen Standorte zuständig, deshalb konnten wir konzernweit abschließen«, erklärte der stellvertretende BR-Vorsitzende Ralf Eschmann. Mit Günter Gedak (SBV) hatte er die Arbeitnehmerseite vertreten, »alle waren an einem guten Ergebnis mit individuellen Hilfen interessiert«, so Eschmann.

Ein Blick in die KBV zeigt: Klare Verfahrenswege regeln das BEM (nach § 84.2 SGB IX), das gesundheitsbedingte Arbeitsplatzgefährdung wegen längerer Krankheit – mehr als sechs Wochen im Jahr – abwenden soll. Den Betroffenen wird frühzeitig Unterstützung angeboten, um Arbeitsunfähigkeit zu überwinden, die Gesundheit zu fördern, Wiedereingliederung zu erreichen und drohende Behinderungen zu verhindern.

- ❑ Ein Eingliederungsteam (je ein Vertreter/in SBV, BR, Personalabteilung) nimmt den Erstkontakt auf, bietet Infos zum BEM und ein Klärungsgespräch an.
- ❑ Jede BEM-Phase ist freiwillig, bedarf der Zustimmung der Beschäftigten, Daten werden von der SBV verwahrt!
- ❑ Die Gefährdungsbeurteilung, interne und externe Fachleute werden einbezogen: Betriebsmedizin, Integrationsamt, Renten-/Krankenversicherung etc.
- ❑ Dann wird der Handlungsbedarf ermittelt: Arbeitsplatzumbau, Versetzung, Reha, Qualifizierung etc.

»Bei Alstom müssen Vorgesetzte für die Gesundheit der Beschäftigten mit Sorge tragen und präventiv mit dem Eingliederungsteam Lösungen anstreben, die der Beschäftigungssicherung dienen«, betont Eschmann. Vorgesetzte und Eingliederungsteams werden regelmäßig weitergebildet.

Info: ralf.eschmann@power.alstom.com

Beratung für psychisch Angeschlagene

Die Arbeitswelt belastet Körper und Seele. Bei Porsche geht man damit um, die Sozialberatung wurde aufgestockt.

»Die Unternehmensleitung stimmte der Forderung des Betriebsrats zu, einen weiteren Sozialarbeiter einzustellen. Jetzt stehen zwei Fachkräfte für die Sozialberatung zur Verfügung«, erläutert Manfred Buck, Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen der Porsche AG. Hintergrund: In 20 Jahren, zwischen 1988 und 2008, nahmen psychische Erkrankungen von vier auf zwölf Prozent zu. Ähnlich sieht es fast überall in deutschen Betrieben aus: Das wissenschaftliche Institut der AOK meldete um 80 Prozent gestiegene Fehlzeiten wegen psychischer Erkrankungen seit 1995.

Vorteil für Porsche: Der neue Sozialpädagoge kommt von einem Integrationsfachdienst, bringt viele Erfahrungen mit, kennt sich in der betrieblichen Begleitung und Beratung aus. »Sind die Fachkräfte im Unternehmen, klappt die Betreuung psychisch kranker Kolleginnen und Kollegen nahtloser, in Krisen kann unmittelbar geholfen werden. Und vor allem werden Vorgesetzte sensibilisiert: Sie erhalten Hinweise für den Umgang mit Erkrankten und lernen zum Beispiel präventiv etwas über gutes Führungsverhalten«, so Buck. Er schränkt allerdings ein, dass die Arbeit noch im Aufbau ist. Die Sozialberatung sei ein wichtiger Wegweiser, vermittele Kontakte zu Fachärzten und Therapieangeboten. »Eine große Errungenschaft ist das Abkürzen der Wartezeit auf Facharzttermine. Es ist ein Unding, wenn jemand mit akuten Beschwerden sechs Monate auf den Arzttermin wartet, das ist in einigen Bereichen keine Seltenheit«, kritisiert Buck.

Im Juli fand in Kooperation mit der Berufsgenossenschaft ein Seminar zum Thema »Umgang mit psychisch belasteten Mitarbeitern« statt. Vorgesetzte, Personalreferenten, Sozialarbeiter, Betriebsräte und die Schwerbehindertenvertretung nahmen teil. »Wir sind auf einem guten Weg«, meint Manfred Buck, den es freut, wenn ein Kollege gesund wird, seinen Arbeitsplatz behält und eine zweite Chance bekommt.

Info: manfred.buck@porsche.de

Werkstatt Gute Arbeit 2009

Gesundheit und gute Arbeit sind keine Schönwetterthemen! Die Veranstalter der Werkstatt – IG Metall (FB Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung) und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) – präsentieren diese Schwerpunkte: Neues zum Thema gute Arbeit, aus der Arbeitsforschung und vom DGB-Index Gute Arbeit. Es finden Foren zu psychischer Gesundheit, ganzheitlichen Gefährdungsbeurteilungen, guter Arbeit im Büro und menschengerechter Montagearbeit statt. **Referenten** (u.a.): Hans-Jürgen Urban (IG Metall), Isabel Rothe (BAuA). **Termin:** 27.-28.10.2009 **Ort:** Sprockhövel, IGM-Bildungszentrum, Anmeldung über die Verwaltungsstellen (Seminar SX 14409).

Info: gabi.rakestraw@igmetall.de

Seminare in Sprockhövel

Grundlagen der Mitbestimmung im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz (AuG II): **Termine:** 11.-23.10.2009 (SB 04209), 6.-18.12.2009 (SB05009). **Anmeldung** über die IGM-Verwaltungsstellen.

Rehacare: Seminar und DGB-Stand

Tagesseminar: Teilhabe behinderter Menschen in der Krise, die Alters- und Erwerbsminderungsrente für schwerbehinderte Menschen sind die Themen, Schwerbehindertenvertretungen und Betriebsräte der DGB-Gewerkschaften sind eingeladen. **Veranstalter:** IG Metall und DGB Bildungswerk NRW. **Termin:** 15.10.2009. **Ort:** Rehacare, Congress Center Düsseldorf. **Referent/inn/en:** Annelie Buntenbach (DGB-Bundesvorstand), Werner Feldes (IG Metall), Heinz Krumnack und Thomas Göhde (Deutsche Rentenversicherung). **Rehacare:** Der DGB ist mit einem Stand bei der Fachmesse vertreten (Standnummer 3E/77). **Termin:** 14.-17.10.2009. **Ort:** Messe Düsseldorf.

Info: Seminar-Anmeldung, DGB-Bildungswerk, Telefon 0211 17523-180. Rehacare im Internet: www.rehacare.de

Broschüre: Teilhabe in der Krise

Das IG Metall-Ressort Teilhabepolitik hat den Praxisratgeber »Teilhabe behinderter Menschen in der Krise« veröffentlicht. Das Heft stellt Instrumente wie Anerkennung der Schwerbehinderung, Gleichstellung, Kündigungsschutz, Präventionsverfahren und das Eingliederungsmanagement übersichtlich dar. Rechtsgrundlagen und vertiefende Informationsquellen werden jeweils genannt (13 Seiten, 0,50 Euro). Bestellungen: www.igmetall.de → Shop → Shop-Suche, Bestellnummer 17126-24410 eingeben. Intranet und Extranet: Services → Shop/Bestellung → Shop-Suche, Bestellnummer (s.o.) oder Extranet: Aktive → Schwerbehindertenvertretung → Publikationen.



Bundestagskandidaten antworten!

Der DGB Münsterland hatte im Mai Bundestagskandidat/inn/en der Wahlkreise zu ihren behindertenpolitischen Zielen befragt – und erhielt Antwort: Ein gemeinsames Schreiben ging von Dr. Angelika Schwall-Düren, Christoph Pries, Christoph Strässer, Dr. Reinhold Hemker und Reinhard Schultz, alle SPD, ein. Außerdem meldete sich Daniel Bahr, FDP.

Info: Antworten NRW-Wahlinitiative: friedel.passmann@web.de

2010 gegen Armut und Ausgrenzung

Die Europäische Kommission hat 2010 zum »Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« proklamiert. Bis zum 28. September 2009 können beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Aktions-, Projekt- und Veranstaltungsvorschläge sowie Finanzierungsanträge eingereicht werden.

Info: Antrag, Richtlinien: www.bmas.de/portal/34636/